

## **Niederschrift**

über die öffentliche Sitzung  
**des Gemeinderats der Stadt Lörrach**  
**am Donnerstag, 12. Mai 2016**

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend:	Oberbürgermeister Jörg Lutz als Vorsitzender Bürgermeister Dr. Michael Wilke
Stadträtinnen und Stadträte:	Bachmann-Ade, Berg, Bernnat, Böhringer, Cyperrek, Denzer, Glattacker, Herzog, Heuer, Höfler, Jaenisch, Kiefer, Krämer, Kurfeß, Lusche, Martin, Oehler, Pichlhöfer, Roßkopf, Salach, Salinas de Huber (bis 20.25 Uhr), Schlecht, Simon, Vogel, Dr. Vogelpohl, Wernthaler, Wiesiollek
Entschuldigt:	Claassen, Di Prima, Escher, Lindemer, Perinelli
Ferner:	Fachbereichsleiterin Baldus-Spinger Fachbereichsleiterin Buchauer (bis 19.00 Uhr) Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdic Fachbereichsleiterin Rebmann-Schmelzer Fachbereichsleiterin Staub-Abt (ab 18.00 Uhr) Fachbereichsleiter Bühler (bis 18.40 Uhr) Fachbereichsleiter Dullisch (bis 20.35 Uhr) Fachbereichsleiter Kleinmagd (bis 20.25 Uhr) Fachbereichsleiter Sproß (bis 19.00 Uhr) Wirtschaftsförderin Ziegler-Jung (bis 20.25 Uhr) Stellv. Fachbereichsleiterin Oswald (bis 18.45 Uhr) Stellv. Fachbereichsleiter Haasis Herr Bienhüls, FB Umwelt und Klimaschutz (20.25 bis 20.45 Uhr) Herr Schreiber, FB Jugend/Schulen/Sport (bis 19.00 Uhr)
Urkundspersonen:	Stadträtin Krämer und Stadtrat Berg
Schriftführung:	Frau Heinze und Herr Ockenfuß
Beginn:	17.30 Uhr
Ende:	21.05 Uhr

## TOP 1

### Schulentwicklungsplanungsprozess - Abschlussbericht der Uni Tübingen

Vorlage: 061/2016

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder des Gemeinderats, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie die Vertreter der Presse. Der Abschlussbericht des Tübinger Schulexperten Professor Bohl zum Schulentwicklungsplanungsprozess liege nun vor und könne von den Fraktionen diskutiert werden. Die verschiedenen, in Frage kommenden Varianten für eine Gestaltung der Lörracher Schullandschaft könnten nun geprüft und erörtert werden. Eine Entscheidung vor der Sommerpause solle nicht erzwungen werden. Man wolle keine Entscheidung unter Zeitdruck treffen. Der Wind des Wandels blase auch in Lörrach durch die Schullandschaft. Diese Veränderungen müsse man in erster Linie als Chancen begreifen.

Fachbereichsleiter Sproß stellt sodann anhand einer Präsentation den Abschlussbericht zur kommunalen Schulentwicklungsplanung der Stadt Lörrach vor (Anlage 1).

Der Vorsitzende bedankt sich für den Bericht.

Stadtrat Lusche führt aus, dass nun viele richtungsweisende Entscheidungen zu treffen seien. Es brauche eine Lösung, die letztlich auf einem breiten Fundament ruhe. Diese Lösung müsse jedoch auch diskutiert werden. Im Vordergrund müsse die Qualität der Entscheidung stehen und nicht deren Geschwindigkeit. Durch die neue Regierungskoalition auf Landesebene hätten sich auch die politischen Rahmenbedingungen geändert. Man müsse nun die Frage stellen, in welche Richtung sich die Lörracher Schullandschaft entwickeln solle. Zwar werde die Zeitschiene nun nicht mehr so straff angelegt, jedoch sei man sich der Dringlichkeit der Lösungssuche bewusst. Die Fraktion habe die wissenschaftliche Begleitung des Prozesses zwar sehr begrüßt, jedoch sei Professor Bohl natürlich von einer Grundüberzeugung geprägt, welche sich auch im Abschlussbericht zur Lörracher Schulentwicklungsplanung wiederfinde. Letztlich habe der Gemeinderat die Ergebnisse zu verantworten. Das Szenario 6 sei noch keine beschlossene Sache. Handlungsbedarf ergebe sich vor allem im Bereich der Werkrealschulen, welche unter einem Akzeptanzproblem leiden würden. Es bestehe Konsens darüber, dass die Schulart in der Form nicht weiter bestehen werde. Die Gemeinschaftsschulen oder die Realschulen seien Alternativen. Die CDU plädiere für den Erhalt der bestehenden Gemeinschaftsschule bei gleichzeitiger Stärkung der Realschule. Es dürfe nicht nur die Gemeinschaftsschule gestärkt werden. Die Realschule sei insgesamt sehr heterogen. Der Trend zur immer stärkeren Belegung der Gymnasien sei Fakt. Deshalb müsse man auch überlegen, wie man die Gymnasien entlasten könne, ohne allein auf die Gemeinschaftsschule zu verweisen. Der Entscheidungsprozess müsse breit angelegt sein. Die Eingaben der Bürger müssten hierbei ernst genommen werden. Er trage die Sorge, dass es unter Umständen zu unbeabsichtigten Verschlechterungen in der Lörracher Schullandschaft komme. Man dürfe es nicht zu einem Bürgerentscheid, der in dieser Entscheidung die Ultima Ratio darstelle, kommen lassen. Das Szenario 6 sei nicht der heilige Gral für die Schulentwicklung in Lörrach. Man müsse eine Lösung jenseits der bewussten Stärkung der Gemeinschaftsschule anstreben. Die Fraktion der CDU wolle die Vorlage einschließlich des Abschlussberichts zur Kenntnis

nehmen. Den letzten Satz des Punktes 2 des Beschlussvorschlags könne sie aber nicht mittragen.

Stadtrat Bernnat hält die Schullandschaft in Lörrach für sehr volatil. Es würden sich aber auch die Rahmenbedingungen für die Gestaltung der Schullandschaft insgesamt ändern. Professor Bohl habe eine sehr gute Arbeit für die Stadt Lörrach geleistet, welche zwar als Orientierung bei der Entscheidung unterstütze, jedoch nicht als Handlungsmaxime gelten müsse. Es brauche bei der Entscheidung über die Zielrichtung einen breiten Konsens. Es bestehe hoher zeitlicher Druck. Die steigenden Schülerzahlen in den fünften Klassen der Gymnasien seien auf verschiedene Gründe zurückzuführen. Im Rahmen der künftigen Entwicklungen dürfe es keine Verlierer geben, auch wenn manche sich als Verlierer fühlen werden. Ganz ohne Veränderungen werde es keine neuen Lösungen geben. Eine Entscheidung vor den Sommerferien sei für die Schulen insgesamt besser. Die Ergebnisse des Abschlussberichts würden schon lange erwartet werden. Zeitlichen Druck habe es vor rund zwei Jahren schon gegeben. Die Entscheidung dürfe nicht noch weiter nach hinten verschoben werden. Zudem wäre es fahrlässig, wenn man Planungen nur anhand des momentanen Bedarfs aufstelle. Er hoffe insgesamt auf eine Beruhigung der Bildungspolitik im Land, gerade vor dem Hintergrund der neuen Landesregierung in Stuttgart. Das achtjährige Gymnasium sei in Lörrach eine sehr wichtige Säule der Schullandschaft. Die zweite Säule werde durch die Realschule, die Realschule Plus, die Gemeinschaftsschule sowie das auslaufende Modell der Werkrealschule gebildet. Die Entlastung des Campus Rosenfels müsse weiterhin im Fokus stehen. Man entscheide auch über die pädagogische Qualität der einzelnen Angebote. Man dürfe nicht mehr nur in Klassenzimmern denken, sondern müsse bei künftigen Überlegungen die Schulbaurichtlinien berücksichtigen und hier weitergehen. Künftig kämen die Standorte Neumatt, Campus Rosenfels, Campus Grütt und Brombach in Betracht. Mit diesen Fragen müsse man sich nun auseinandersetzen. Es habe eine ganz besondere Qualität, wenn die beiden Gymnasien in Lörrach künftig ihre Zusammenarbeit verstärken könnten. Eventuell könne in diese Zusammenarbeit auch die Realschule mitaufgenommen werden. Es sei jedoch die Frage, ob die Schulen so an ihrem momentanen Standort erhalten werden können. Die Gemeinschaftsschule dürfe an ihrem momentanen Standort nicht schlecht geredet werden. Sie könne von ihrer Nähe zu den beruflichen Gymnasien profitieren. Auf die Variante 6 dürfe man sich im Voraus nicht festlegen. Man müsse zunächst weitere Prüfungen durchführen. Die Albert-Schweitzer-Schule müsse eine Gemeinschaftsschule bleiben. Die Realschulen müssten nach wie vor gestärkt werden. Sie dürften keine Restschulen werden. Diese wichtigen Aspekte müssten bei der Entscheidung berücksichtigt werden. Es gebe keine Entscheidung, mit der am Ende alle glücklich sind. Es sei jedoch auch nicht richtig, ein zusätzliches, drittes Gymnasium zu schaffen. Mit keiner Entscheidung werde bewusst versucht, eine Schulart kaputt zu machen. Man wolle eine Entscheidung für Lörrach treffen und nicht gegen eine Schulart.

Stadträtin Kurfeß vertritt die Auffassung, dass die zwei Säulen der Schullandschaft in Lörrach gehalten und gestärkt werden sollen. Ein drittes Gymnasium solle nicht geschaffen werden. Die Werkrealschule sei de facto nicht mehr existent. Die Realschulen könnten durch das Modell Realschule Plus gestärkt werden. Die Realschulen sollen, wie auch die Gemeinschaftsschulen, weiter gehalten und gestützt werden. Die Gemeinschaftsschule in

Lörrach benötige gute Rahmenbedingungen, einen guten Standort und eine gute Ausstattung. Die Schule habe an ihrem jetzigen Standort einen erheblichen Platzbedarf. Hier müsse man dringend Abhilfe schaffen. Die Variante 6 sei noch nicht beschlossen. Man befinde sich nun in einem Findungsprozess. Es würden deshalb momentan sehr viele und intensive Gespräche geführt werden. Es werde darauf Wert gelegt, dass man weiterhin die Schwachen unterstütze. In andere Gemeinschaftsschulen im Land sei bedeutend mehr Geld investiert worden. Gerade im Hinblick auf das starke Bildungsgefälle in Baden-Württemberg müsse sehr viel Geld in Bildung investiert werden. Am Ende dieses Prozesses müsse der Gemeinderat eine Entscheidung treffen, bei der es keine Verlierer gibt. Der Prozess werde einige Zeit in Anspruch nehmen. Vorstellbar sei eine Einrichtung der Gemeinschaftsschule auf dem Campus Rosenfels. Dies würde jedoch auch einen Umbau der Gebäude notwendig machen. Andererseits sei die Verknüpfung der beruflichen Gymnasien mit der Gemeinschaftsschule am Standort Campus Grütt sehr vorteilhaft. Am Standort Brombach müsse eine hochwertige Schulform erhalten bleiben, beispielsweise eine Realschule Plus oder eine Gemeinschaftsschule, wobei die Fraktion der Grünen eher zu einer Gemeinschaftsschule tendiere. Diese Gemeinschaftsschule müsse dann auch zweizügig sein. Man dürfe in dem kommenden Entscheidungsprozess nicht zu einseitig denken und müsse Schritt für Schritt die Schullandschaft in Lörrach weiterentwickeln.

Stadtrat Pichlhöfer gibt an, dass die Thematik jetzt angegangen werden müsse. Die geplanten Maßnahmen werden voraussichtlich sehr teuer werden, weshalb man bald für die Entscheidung wichtige, belastbare Zahlen und Informationen zur Finanzierung der Maßnahmen benötige. Man benötige eine Lösung, die von einer breiten Mehrheit getragen werde.

Bürgermeister Dr. Wilke bestätigt, dass auch die Verwaltung, die Elternschaft sowie die Lehrer sich, wie die Fraktionen auch, in einem Findungsprozess befänden. Die in dem Abschlussbericht vorgelegten Szenarien könnten nun eingehend auf ihre Machbarkeit sowie Finanzierbarkeit untersucht werden. Es gehe nicht nur um Räume und Gebäude, sondern auch um pädagogische Konzepte. Die Variante 6a sei ebenfalls eine sehr gute Lösung, die man auch in abgewandelter Form umsetzen könne. Man müsse sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht auf eine Lösung festlegen, könne jedoch Varianten und Lösungsansätze ausschließen. Er gehe nicht davon aus, dass der Gemeinderat bereits am 26. Juli 2016 eine Entscheidung treffen könne.

Der Vorsitzende erklärt, dass bis zur Sitzung des Gemeinderats am 26. Juli 2016 nur schwer ein tragfähiger Konsens herstellbar sein wird. Für die Haushaltsplanungen 2017 wäre es jedoch von Vorteil, wenn der Gemeinderat bis Oktober 2016 eine Entscheidung treffen könne. So könnten notwendig werdende finanzielle Mittel im Haushalt 2017 eingestellt werden. Man wolle weitere Vorschläge gerne bei der Entscheidungsfindung berücksichtigen, jedoch dürfe es auch nicht so sein, dass der lautesten Stimme das größte Gewicht beigemessen wird. In der Entscheidungsfindung müssten alle Interessen berücksichtigt werden. In der nächsten Gemeinderatssitzung könne man weitere Argumente zu unterschiedlichen Szenarien in der Entwicklung der Schullandschaft in Lörrach austauschen.

Stadträtin Höfler verliest sodann einen Antrag, in dem die CDU-Fraktion fordert, die Aufgaben zur Ermittlung der Kosten der verschiedenen Szenarien und der damit verbundenen baulichen Änderungen, Erweiterungen und des zusätzlichen Raumbedarfs (Fachräume) an ein externes Büro zu vergeben (Anlage 2).

Der Vorsitzende erklärt, dass die Verwaltung den Fraktionen derartige Übersichten zukommen lassen wolle und der Antrag sich daher erledigt habe.

Stadtrat Lusche bittet darum, eine detaillierte Kostenübersicht zu erhalten, anhand derer er eine komplexe Entscheidung wie die vorliegende treffen könne.

Der Vorsitzende versichert, dass die Verwaltung dem Rat transparente Entscheidungsgrundlagen zur Verfügung stellen werde.

Im Folgenden melden sich Herr Braun, Schulleiter des Hans-Thoma-Gymnasiums Lörrach, sowie Herr Klumpp, Initiator einer Online-Petition gegen die Weiterentwicklung der Schullandschaft in Lörrach zu Wort.

Der Vorsitzende betont, dass der Abschlussbericht keine von außen an die Stadt herangetragenen Ergebnisse beinhalte, sondern Ergebnisse, die im Rahmen von mehreren Workshops in Lörrach erarbeitet wurden. Er schlägt vor, den letzten Satz des Punktes 2 des vorgeschlagenen Beschlussvorschlags zu streichen und stellt diesen geänderten Beschlussvorschlag sodann zur Abstimmung.

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Vom Abschlussbericht der Universität Tübingen zum Lörracher Schulentwicklungsplanungsprozess wird Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, neben dem Ergebnis der Workshops (Szenario 6) die in der öffentlichen Diskussion darüber hinaus gemachten Vorschläge eingehend zu untersuchen, Vor- und Nachteile zu benennen, grobe Kosten zu ermitteln und dem Gemeinderat zur weiteren Diskussion in der nächsten Gemeinderatssitzung am 23. Juni 2016 vorzulegen.

## **TOP 2**

### **Antrag der CDU zur Schulentwicklungsplanung vom 11. April 2016**

**Vorlage: 058/2016**

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf den vorausgegangenen Tagesordnungspunkt und stellt den vorliegenden Beschlussvorschlag sodann zur Abstimmung.

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig bei 2 Enthaltungen den folgenden Beschluss:

1. Die Verwaltung führt im Bedarfsfall auf Einladung Gespräche mit den Schulen (Schulleitung, Eltern, schulische Gremien), wird aber im Hinblick auf den breit angelegten und auftragsgemäß durchgeführten Prozess und die Info-Veranstaltung am 19. April 2016 keine systematischen Gespräche mit den am Schulleben Beteiligten jeder betroffenen Schule führen. Der Antrag wird diesbezüglich abgelehnt.
2. Für die künftige Organisation und Finanzierung von Ganztagschulen sowie der betreuten Freizeit außerhalb von Unterrichtszeit an Ganz- und Halbtagschulen liegt eine separate Vorlage zur Beschlussfassung vor. Hierzu werden bereits Gespräche mit den Grundschulleitungen geführt. Dem Antrag wird insoweit entsprochen.

### **TOP 3**

#### **Neue Finanzstruktur für Angebote an Grundschulen im Ganztage und in der betreuten Freizeit**

**Vorlage: 050/2016**

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Stadträtin Kurfeß verliest sodann einen fraktionsübergreifenden Antrag, in dem die Absetzung des Tagesordnungspunktes 3, die Beratung der Vorlage 050/2016 und ein neues Finanzierungsmodell für Betreuungsangebote an Halb- und Ganztagsgrundschulen unter Berücksichtigung verschiedener Aspekte gefordert werden (Anlage 3).

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig den Beschluss, den Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung abzusetzen.

### **TOP 4**

#### **Entwicklung der Kindertagesbetreuung in Lörrach: Fortschreibung der Bedarfsplanung**

**Vorlage: 010/2016**

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Bürgermeister Dr. Wilke weist darauf hin, dass die Vorlage bereits im Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales intensiv vorberaten worden sei.

Stadtrat Dr. Vogelpohl führt aus, dass die Stadt auf einem guten Weg sei. Auch die Ortsteile seien sehr gut bedient. Die Kosten seien nicht nur für die Stadt, sondern auch für die Eltern sehr hoch. Für sozial Schwache gebe es zwar verschiedene Formen der Unterstützung, jedoch müsse man darauf achten, dass die Betreuungsangebote für alle bezahlbar seien. Das Angebot „Little Bird“ halte er für sehr gelungen. Positiv bewerte er auch die verstärkte Bewerbung von Erzieherstellen.

Stadträtin Bachmann-Ade erklärt, dass der Ausbau der Kinderbetreuung in Lörrach zwar voranschreite, dieser aber noch nicht beendet sei. Es brauche noch viele weitere Betreuungsplätze. Die Fraktion der SPD wolle der Vorlage aufgrund der angespannten Haushaltslage zähneknirschend zustimmen.

Stadträtin Martin gibt an, dass sie mit der Vorlage nicht zufrieden sei. Es gebe noch zu große Lücken in der Kinderbetreuung in Lörrach. Es seien zudem noch zu viele Fragen offen. Die Betreuungslandschaft in Lörrach sei unterentwickelt. Rechtsansprüche von Kindern unter 3 Jahren auf einen Betreuungsplatz könnten nicht vollständig befriedigt werden. Der Ausbaubedarf in Lörrach sei riesig und sehr wichtig. Es gehe schließlich um die Entwicklung der Kinder. Frühkindliche Bildung sei sehr wichtig für spätere Chancengleichheit. Investitionen in Bildung würden sich zudem immer auszahlen. Hinsichtlich der U3-Betreuung müsse eine Betreuungsquote von 40 Prozent erreicht werden. Auch die Ü3-Betreuung müsse weiter ausgebaut werden.

Stadträtin Herzog signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Freien Wähler zu der Vorlage.

Bürgermeister Dr. Wilke führt aus, dass alle Rechtsansprüche auf Betreuungsplätze in Lörrach erfüllt werden könnten. Jeder, der einen Betreuungsplatz wolle, bekomme auch einen Betreuungsplatz. Vielleicht würden nicht alle Eltern immer ihren persönlichen Wunschplatz erhalten, jedoch habe noch niemand gegen die Stadt auf einen Betreuungsplatz klagen müssen. Ein Recht auf Ganztagesbetreuung gebe es nicht. Hier sehe die Stadt jedoch Bedarf. Dieser lasse sich zwar nicht messen, jedoch seien die Perspektiven gut.

Der Vorsitzende betont, dass sich die Stadt die Kinderbetreuung 7,5 Mio. EUR im Jahr kosten lasse. Hierbei sei jeder Euro gut investiertes Geld.

Stadtrat Böhringer mahnt an, dass die Stadt die richtigen Prioritäten setzen müsse. Für den Ausbau des Hebelparks gebe es genug Geld, daher müsse es auch für die Kinderbetreuung genug Geld geben.

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Der Gemeinderat der Stadt Lörrach sieht weiterhin eine Betreuungsquote von 40% für Kinder von 0 bis unter drei Jahren (U3) als bedarfsgerecht an.
2. Die Versorgung von 30 % der Kinder im Kindergartenalter (Ü3) mit Ganztagesplätzen wird weiterhin als bedarfsgerechtes Ausbauziel verfolgt.
3. Der Gemeinderat der Stadt Lörrach nimmt Kenntnis von den Informationen zur Finanzsituation im Bereich Betreuung von Kindern vom ersten Lebensjahr bis zum Schuleintritt in Kindertageseinrichtungen und Unterstützung von Familien.

4. Der Gemeinderat der Stadt Lörrach nimmt Kenntnis vom Sachstand des ersten Halbjahres Aktivschaltung des neuen online-gestützten Anmeldeverfahrens „Little Bird“.
5. Die Informationen zur Qualitätssteigerung in den Lörracher Kindertagesstätten werden zur Kenntnis genommen.

## **TOP 5**

### **Neue Baugebiete**

#### **Vorlage: 044a/2016**

Der Vorsitzende stellt das Anliegen und die Bedeutung der Beschlussvorlage vor. Mittels einer internen Arbeitsgruppe seien die potentiellen Neubauflächen aufbereitet worden.

Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdic verweist auf das Ziel der zeitnahen Schaffung von Wohnraum und den Zwischenbericht zum Potentialmodell in der vergangenen Gemeinderatssitzung. Anhand einer Präsentation (Anlage 4) veranschaulicht sie die möglichen Neubaugebiete auf dem Salzert, dem Bühl III und dem MMZ-Areal und geht insbesondere auf die jeweiligen Eigentumsverhältnisse, die Erschließungssituation und Besonderheiten im Landschafts- bzw. Denkmalschutz ein. Im Ergebnis sei das MMZ-Areal die attraktivste und am zügigsten umsetzbare Fläche. Zudem befinde sie sich vollständig im städtischen Eigentum und erfordere kein Bebauungsplanverfahren. Allerdings seien auf einer Teilfläche noch Altlasten vorhanden und das Landratsamt habe für seinen Erweiterungsbau ebenfalls Interesse an dem Standort. Daher empfehle man einen städtebaulichen Wettbewerb mit einer Variante Wohnnutzung und einer Variante Wohnnutzung/Erweiterung Landratsamt durchzuführen.

Alle Fraktionen bedanken sich für die ausführliche und anschauliche Aufarbeitung.

Stadtrat Heuer geht auf die Vor- und Nachteile der dargestellten Varianten ein. Im Bereich des MMZ-Areals sieht er eine ausschließliche Wohnbebauung. Für die Erweiterung des Landratsamtes könne das Gelände des Güterbahnhofs in Frage kommen. Des Weiteren spricht er sich für das Angehen des ersten Bauabschnitts zum Gebiet Bühl III und die Erstellung eines Verkehrsgutachtens aus.

Stadtrat Schlecht erklärt, dass der Wohnungsmangel eine unbestrittene Sorge sei und seine Fraktion alle Bestrebungen zur Wohnraumschaffung unterstütze. Das MMZ-Areal biete eine hervorragende Möglichkeit für eine Bebauung in der Innenstadt. Er fordert Klarheit hinsichtlich der Landratsamtserweiterung und zum Standort des Zentralklinikums. Durch die hinfällige Planung des Dienstleistungszentrums auf dem Postareal sei viel Zeit vergangen. Das Gelände des Güterbahnhofs liege brach. Diese Möglichkeit sollte für die Ansiedlung des Landratsamtes geprüft werden, auch wenn ab November der Autoreisezug von einem privaten Betreiber geführt werde. Zudem schlägt er eine Prüfung des alten Suchard-Gebäudes an der Brombacher Straße vor und verweist auf das stagnierte Wohnprojekt „Lerchenhof“ der Baugenossenschaft.



Stadträtin Kurfeß spricht sich für ein zügiges Handeln aus und votiert ebenfalls für eine ausschließliche Wohnbebauung auf dem MMZ-Areal. Eine gute Bebauungsdichte und ÖPNV-Anbindung seien ihr im Gebiet Bühl III wichtig. Der Bereich Salzert (Nord-West) stelle die favorisierte Variante ihrer Fraktion dar. Sie bittet den Schwerpunkt auf die Planung dieses Bereichs zu legen.

Stadtrat Denzer schließt sich den Ausführungen von Stadtrat Heuer an. Er hält den Bau einer Tiefgarage auf dem MMZ-Gelände für vorstellbar. Man müsse so schnell wie möglich an dem Thema dranbleiben.

Von Stadträtin Cyperrek werden die Bedenken von Stadträtin Kurfeß zur geringen Dichte und dem zu großen Flächenverbrauch und Verkehrsproblemen beim Gebiet Bühl III geteilt.

Der Vorsitzende dankt für die Stellungnahmen und bittet den Zeitfaktor zu bedenken. Der erste Bauabschnitt des Bühl III solle angegangen werden. Die Verkehrsanbindungen spiele für die Bebauungsdichte eine wichtige Rolle. Der Flächenbedarf des Landratsamts von 6.000 qm dränge. Diese Größe sei auf dem Güterbahnhofsareal aber nicht realisierbar. Bei der Standortsuche sei man dem Landratsamt behilflich. Die Bebauung auf dem Salzert habe Charme, sei aber eher unrealistisch, da ein Verfahren zur Aufhebung des Landschaftsschutzes ein langer Prozess sei.

Stadtrat Heuer erklärt, dass bislang das Landratsamt 4.000 qm für die Erweiterung benannt habe.

Der Vorsitzende äußert sich hierzu und ist zuversichtlich, einen Konsens mit dem Landratsamt zu finden.

Hierauf fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden Beschluss:

1. Der Gemeinderat sieht die dringende Notwendigkeit, zusätzliche Flächen für den Wohnungsbau in der Stadt zu erschließen, um der akuten Wohnungsknappheit wirksam zu begegnen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die beschriebenen Varianten einer Salzertbebauung mit den zuständigen Abteilungen im Landratsamt und Regierungspräsidium im Hinblick auf Natur- und Landschaftsschutz abzuklären.
3. Beim Gebiet Bühl III soll der 1. Bauabschnitt in Angriff genommen werden. Voraussetzung dafür ist, dass die Stadt Lörrach vorher in den Besitz der Flächen gelangt. Dazu sollen die notwendigen Grundstückskaufverhandlungen geführt werden.
4. Das MMZ Areal soll dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Mit dem Landratsamt sind Gespräche für eine gute Übergangslösung sowie zum Bau des zweiten Standorts zu führen. Sollte sich für diesen kein geeigneter anderer Standort finden lassen, ist für das MMZ-Areal eine Mischung aus überwiegende Wohnnutzung und dem zweiten Standort des Landratsamtes vorzusehen.

5. Die Möglichkeit zur Nachverdichtung im Bestand ist durch Überarbeitung von Bebauungsplänen voranzutreiben.

## **TOP 6**

### **Sachstandsbericht Wohn- und Geschäftshaus auf dem Postareal**

#### **Vorlage: 066/2016**

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor und begrüßt hierzu Herrn Laumann von der Fa. ECE als Projektpartner.

Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdic veranschaulicht die Entwicklung und Dynamik des Vorhabens von der einstigen gemeinsamen Masterplanung mit dem Landkreis für ein Dienstleistungszentrum bis zur heutigen Planung eines Wohn- und Geschäftshauses auf dem Postareal als Projekt der Fa. Widerker und der Fa. ECE (Anlage 5). Der Gestaltungsbeirat habe das Vorhaben begleitet. Sie betont, dass ca. 60 Wohnungen im obersten Geschoss des Gebäudes angedacht seien.

Herr Laumann erläutert hierauf den Gebäudeentwurf.

Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdic verweist auf die Aufträge des Gemeinderatsbeschlusses vom 17. März 2016 und stellt das weitere Vorgehen dar.

Der Vorsitzende erklärt, dass das Vorhaben Verkaufsflächen und Wohnraumbedarf kombiniere und nun auf einem guten Weg sei.

Stadtrat Lusche teilt mit, dass die Verkehrssituation in der CDU-Fraktion teilweise skeptische gesehen werde, das Vorhaben aber wichtig für die Stadt sei und mitgetragen werde. Des Weiteren betont er die Bedeutung der baulichen Einbindung des Gebäudes. Zudem müsse man sich bewusst sein, dass es sich um ein hochwertiges Wohnsegment handle.

Stadtrat Schlecht begrüßt die jetzige Dynamik des Vorhabens und sieht hierin einen wichtigen Entwicklungsbereich für neue Impulse. Er vertraue auf das Märkte- und Zentrenkonzept der Stadt und freue sich auf die zügige Realisierung.

Stadtrat Wernthaler hofft, dass das Gebäude einen besseren Eingang vom Hauptbahnhof zum Stadtzentrum schaffe und zudem eine Chance für die Ausweitung der Fußgängerzone auf die Turmstraße, die Verkehrsregelung in der Palmstraße und eine Neuregelung für die Grabenstraße biete.

Stadtrat Denzer erklärt seine Zustimmung zu dem Vorhaben.

Der Vorsitzende entnimmt den Wortmeldungen einen starken Willen für den Erfolg des Projekts und verspricht, den Gemeinderat kontinuierlich zu informieren.

Der Sachstand zum Wohn- und Geschäftshaus auf dem Postareal wird sodann vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

## **TOP 7**

### **Gutachten als Grundlage zur Fortschreibung des Märkte- und Zentrenkonzeptes für die Stadt Lörrach – vor dem Hintergrund der digitalen Entwicklung – Vorlage: 048/2016**

Der Vorsitzende stellt das Anliegen der Beschlussvorlage vor und begrüßt hierzu Dr. Accella, der das Gutachten als Grundlage zur Fortschreibung des Märkte- und Zentrenkonzeptes für die Stadt Lörrach erstellt hat.

Stadträtin Höfler verweist auf die ausführliche Vorberatung der Vorlage im Hauptausschuss. Sie bedankt sich für das Gutachten und erklärt, dass das Märkte- und Zentrenkonzept der Stadt sehr gut tue.

Stadtrat Schlecht stellt fest, dass das Konzept spannend sei. Die Herausforderung sei, das Konzept im Alltag durchzuhalten. Kaufkraftbindung sei eine stetige Aufgabe. Er hofft auf eine entsprechende Umsetzung der Inhalte. Nach dem Offenlageverfahren könne hierzu nochmals diskutiert werden.

Stadträtin Wiesiollek hält das Märkte- und Zentrenkonzept ebenfalls für erforderlich und begrüßt die städtebaulichen Vorschläge des Gutachtens.

Stadtrat Pichlhöfer schließt sich dem an.

Stadtrat Wernthaler verweist in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung des Engelplatzes, der im Gutachten viel Raum einnehme. Auch wenn es im Moment keine finanziellen Spielräume gebe, sei es wichtig, das Gebiet städtebaulich mitzudenken und einzubeziehen.

Stadtrat Simon spricht die Aussagen des Berichts zum Ortsteil Haagen an und hofft auf die entsprechende Umsetzung.

Der Vorsitzende dankt für die Anregungen bezüglich des Engelplatzes und Haagen. Diese werde man mitnehmen.

Sodann fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden Beschluss:

1. Der Berichtsentwurf des Gutachtens wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Ergebnisse des Gutachtens, insbesondere für die Sortimentsliste und die Abgrenzung der zentralen Versorgungsbereiche, die Offenlage gem. § 3 Abs. 2 BauGB für die Öffentlichkeit und entsprechend § 4 Abs. 2 BauGB die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange durchzuführen.

3. Der Gemeinderat ist über das Ergebnis der Bürgerbeteiligung zu unterrichten.

## **TOP 8**

### **Lörrach gestalten. Gemeinsam. (Leitbildprozess) - mündl. Bericht**

Der Vorsitzende verweist auf die rege Online-Beteiligung zum Leitbildprozess. Nun wolle man einen Zwischenstand nach den beiden Beteiligungsphasen geben.

Fachbereichsleiterin Baldus-Spangler stellt anhand einer Präsentation die aktuellen Ergebnisse vor (Anlage 6), über die die Bürgerschaft am 8. Juni 2016 informiert werde. Der Beschluss des Leitbildes sei in der Gemeinderatssitzung am 26. Juli 2016 geplant. Wichtig sei hiernach, dass Leitbild in das Verwaltungshandeln und die Gemeinderatsarbeit einzubetten und zu leben. Sie erläutert die Vorschläge zur Implementierung.

Der Vorsitzende erklärt, dass viele gute und detaillierte Vorschläge eingebracht worden seien. Der Schwerpunkt auf die Kategorie „Gebaute Stadt“ verwundere nicht. Er betont ebenfalls, dass die Umsetzung und Einbindung in die Praxis wichtig seien.

Stadträtin Höfler äußert, dass man stolz auf die Bürgerinnen und Bürger sei.

Stadtrat Bernnat schließt sich dem Lob an. Die entscheidende Arbeit komme aber erst mit der Implementierung der Ziele in das Alltagsgeschäft, die Gemeinderatsarbeit und -entscheidungen. Er erkundigt sich, auf welche Dauer das Leitbild ausgelegt werde.

Stadträtin Kurfeß freut sich über die große Resonanz der Beteiligung, die einen wichtigen Beitrag bedeute. Das beschlossene Leitbild werde den Gemeinderat dann begleiten.

Auch Stadtrat Vogel lobt die Entwicklung und Mitnahme der Bürgerschaft. Seiner Ansicht nach, hätte die Beteiligung höher sein können.

Auf Nachfrage von Stadtrat Berg informiert Fachbereichsleiterin Baldus-Spangler, dass das Leitbild die Zielebene umfasse und man daher vorgeschlagene Maßnahmen gesondert gesammelt habe und diese separat darstellen werde.

## **TOP 9**

### **Masterplan Mobilität: Sachstand 2015 und Fortschreibung 2016**

#### **Vorlage: 046/2016**

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein. Die Fortschreibung des Masterplans Mobilität sei bereits in den Ausschüssen intensiv vorberaten worden. Mobilität sei in der Stadt ein wichtiges Thema. Im Juni sollen in Lörrach neue Buslinien erstmals befahren werden. Die Vorbereitungen für die Sanierung der Holzbrücke über die Bundesstraße 317 auf Höhe des Grütts schreite stetig voran. Zudem seien viele weitere

Maßnahmen in Planung. Die Stadt habe im Jahr 2015 rund 5,5 Mio. EUR für eine verbesserte Mobilität ausgegeben. Im Jahr 2016 seien es gar 8 Mio. EUR.

Stadtrat Glattacker signalisiert, dass die Fraktion der CDU die Vorlage zur Kenntnis nehmen wolle. Er bittet zudem um eine baldige Vorlage des Generalverkehrsplans für Lörrach.

Stadträtin Cyperrek bittet darum, einzelne Leitziele aus dem Masterplan Mobilität aktiv anzugehen. Man komme den Zielen insgesamt stetig näher. Gerade die Verbesserung der Aufenthaltsqualität in der Stadt müsse weiter priorisiert werden. Es bedürfe zudem weiterer Handlungskonzepte. Gute Ansätze seien die Entwicklung des neuen Leitbildes oder die Fortschreibung des Märkte- und Zentrenkonzeptes. Einen Generalverkehrsplan brauche es nicht. Der Masterplan Mobilität müsse sich an aktuellen Trends orientieren. So könne bald, abgeleitet aus dem Leitbild der Stadt, ein neuer Masterplan Mobilität entwickelt werden.

Stadträtin Wiesiollek bemerkt, dass der Ausbau der Stettengasse nicht vom Gemeinderat abgelehnt wurde, sondern der Gemeinderat sich eine andere Variante des Ausbaus gewünscht habe. Schade sei, dass in diesem Jahr kein Stadtradeln veranstaltet werde.

Stadtrat Böhringer wolle wissen, was es mit der Buslinie 55b auf sich habe, welche von Kandern kommend den Haager Bahnhof anfähre

Der Vorsitzende gibt an, dass die Buslinie durch den Kreistag im Rahmen dessen Nahverkehrsplanung beschlossen wurde.

Der Sachstandsbericht von 2015 und die vorgesehenen Maßnahmen 2016 werden sodann vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

## **TOP 10**

### **4. Re-Audit Energiestadt Lörrach / European Energy Award Gold**

#### **Vorlage: 043/2016**

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Bürgermeister Dr. Wilke erklärt, dass die Thematik bereits im Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales intensiv vorberaten wurde. Der Prozess der Teilnahme am European Energy Award sei kein bloßer Selbstzweck, sondern habe für die Stadt einen Mehrwert. Durch die Teilnahme bestehe Kontrolle, gelange man an Fördermittel und erhalte Motivation. Auf die Gold-Zertifizierung könne die Stadt stolz sein und müsse diese wieder anstreben.

Der Vorsitzende gibt an, dass selbst die Stadt Freiburg im Hinblick auf die Gold-Zertifizierung mit Neid auf die Stadt Lörrach blicke.

Stadtrat Kiefer findet, dass man beim Energiesparen die Menschen mit einem kleineren Geldbeutel nicht außer Acht lassen dürfe. Bei immer höheren Anforderungen und Energiestandards werde das Bauen immer teurer.

Stadtrat Simon erklärt, dass die Fraktion der SPD die erneute Zertifizierung begrüße. Zwar würden die erforderlichen Maßnahmen teilweise teurer werden, jedoch seien diese erstrebenswert. Es sei gut, dass auch der Förderung des Nahverkehrs nachgekommen werde. Ebenso wichtig seien die Hausmeisterschulungen und Stromsparmchecks. Es müsse weiterhin Wert darauf gelegt werden, dass kleine, private Haushalte in die Stromsparprojekte einbezogen werden.

Stadtrat Berg begrüßt die erneute Zertifizierung ebenfalls. Die Stadt müsse sämtliche Handlungsfelder, die in irgendeiner Weise mit dem Thema Energiesparen zu tun haben, erschließen. Wichtig sei vor allem auch das Thema Mobilität. Hilfreich seien hierbei Kennzahlen.

Stadtrat Denzer erklärt, dass die Freien Wähler den European Energy Award nicht grundsätzlich schlecht fänden. Es müsse jedoch auch gesagt werden, dass die heutigen Anforderungen an das Bauen viel zu hoch und energetische Standards viel zu übertrieben seien. Die Baurechtsbehörde könne gemäß der Energieeinsparverordnung Ermessensentscheidungen treffen und müsse von dieser Möglichkeit auch Gebrauch machen. Viele Menschen könnten es sich nicht mehr leisten zu bauen.

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Die vorläufigen Ergebnisse des 4. Re-Audits der Energiestadt Lörrach werden zur Kenntnis genommen.
2. Dem energiepolitischen Arbeitsprogramm für die Jahre 2016-2020 wird unter dem Vorbehalt der jeweiligen Haushaltsplanberatungen zugestimmt.

## **TOP 11**

### **IBA Basel 2020: Beteiligung der Stadt Lörrach bis zum Abschluss im Jahr 2020 und Beitritt IBA Verein Vorlage: 045/2016**

Der Vorsitzende stellt das Anliegen der Vorlage vor.

Stadtrat Lusche stimmt der Vorlage im Namen der CDU-Fraktion zur Pflege der trinationalen Zusammenarbeit zu. Vor dem Hintergrund der hohen Ausgaben und der aktuellen Haushaltskonsolidierung, müsse der Mehrwert der IBA-Beteiligung stärker öffentlich vermittelt werden.

Stadträtin Bachmann-Ade sieht in der Teilnahme an der IBA einen Mehrwert für alle Projekte und für die gesamte Region. Das Geld sei gut investiert und die Wirkungskraft der IBA werde über das Jahr 2020 hinausgehen.

Stadtrat Wernthaler erwähnt, dass bereits 400.000 EUR Organisationskosten verausgabt wurden. Er unterstützt eine bessere öffentliche Verankerung der IBA. Des Weiteren bittet er, die begonnene Bürgerbeteiligung in der AG „Aktive Bahnhöfe“ auszubauen. Hier dürfe es nicht bei Absichtserklärungen bleiben.

Stadtrat Pichlhöfer schließt sich dem an. Die IBA müsse stärker in das öffentliche Bewusstsein gebracht werden.

Der Vorsitzende äußert Verständnis für die Forderungen, die Ergebnisse könne man jedoch erst zum Schluss vorstellen. Im Herbst erfolge ein Zwischenbericht.

Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdic berichtet, dass in der nächsten Woche Kundenbefragungen an den Bahnhöfen durchgeführt werden. Sie geht auf den Mehrwert der IBA-Beteiligung und des IBA-Labels ein. An der öffentlichen Präsenz werde man arbeiten.

Der Gemeinderat fasst hierauf einstimmig folgenden Beschluss:

1. Die Stadt Lörrach nimmt weiterhin an der Internationalen Bauausstellung IBA Basel 2020 bis zum Abschlussjahr 2020 teil und beteiligt sich mit jährlich 50.000 Euro von 2017 bis 2020 an ihrer Finanzierung.
2. Die Stadt Lörrach wird ab 01.01.2017 Mitglied beim „Verein zur Unterstützung der IBA Basel 2020“. Der oben genannte Kofinanzierungsbeitrag der Stadt Lörrach zur IBA Basel 2020 wird im Jahr 2017 als Beitrag über den Verein bezahlt. Die Stadt Lörrach tritt aus dem Verein aus, sobald eine Finanzierung der IBA Basel 2020 über den Verein nicht mehr notwendig ist, spätestens zum Projektende 2020.
3. Die Mittel sind im Haushalts- und Finanzplan 2017 / 2018 / 2019 / 2020 aufzunehmen.

## **TOP 12**

**Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 78 Abs. 4 Gemeindeordnung Baden-Württemberg**  
**Vorlage: 025/2016**

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Annahme bzw. der Vermittlung der dargestellten Zuwendungen wird zugestimmt.

### **TOP 13**

#### **Ausscheiden von Stadtrat Perinelli aus dem Gemeinderat**

##### **Vorlage: 059/2016**

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor.

Fachbereichsleiterin Rebmann-Schmelzer informiert, dass der Gemeinderat über den Antrag auf Ausscheiden eines Ratsmitglieds aus dem Gremium zu befinden habe. Nach dem Gemeinderatsbeschluss werde man den Nachfolger von der Liste der FDP hinsichtlich der Übernahme der ehrenamtlichen Tätigkeit anschreiben.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Stadtrat Mario Perinelli scheidet gemäß § 16 GemO aus dem Gemeinderat aus.

### **TOP 14**

#### **Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben**

##### **14.1**

Der Vorsitzende informiert, dass vor der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Technik und Soziales am 2. Juni 2016, um 16.30 Uhr, eine Ortsbesichtigung des Aicheleknötens stattfindet. Er lädt alle Ratsmitglieder hierzu ein.

### **TOP 15**

#### **Allgemeine Anfragen**

##### **15.1**

Stadträtin Höfler erinnert an ihre Anfrage hinsichtlich der Sauberkeit der Bahnhöfe. Sie erkundigt sich nach den Verhandlungen mit der Deutschen Bahn.

Bürgermeister Dr. Wilke berichtet, dass man noch auf die Antwort der Deutschen Bahn warte.

##### **15.2**

Stadträtin Roßkopf teilt mit, dass der Brunnen am Senigalliplatz ausgetrocknet sei.



Der Vorsitzende verspricht, dem nachzugehen.

### **15.3**

Stadtrat Pichlhöfer erklärt, dass hinsichtlich der Tumringer Friedhofsmauer etwas passieren müsse.

Bürgermeister Dr. Wilke verweist auf eine Information im nächsten Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales. Zudem habe der Gemeinderat beschlossen, dass bis zum Vorliegen der Friedhofsentwicklungsplanung lediglich Sicherungsmaßnahmen vorgenommen werden.

### **TOP 16**

#### **Fragestunde der Bürger**

keine

### **TOP 17**

#### **Offenlegungen**

Der Gemeinderat nimmt von nachstehender Offenlegung Kenntnis:

17.1 Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats vom 21. April 2016

### **Zur Beurkundung**

Der Vorsitzende:  
gez. Lutz

Urkundspersonen:  
(Unterschriften werden nachgeholt)

Schriftführung:  
gez. Heinze / Ockenfuß